

verübt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit höherer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

2. Wer eine der in Abs. 1 bezeichneten Handlungen fahrlässig begeht, wird mit Gefängnisstrafe bestraft.
§ 4.

1. Wer vorsätzlich, ohne die passive Scheinfähigkeit zu beachten, einen Schatz mit einem Beleidigungsbewerkt versteckt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit höherer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

2. Wer die in Abs. 1 bezeichnete Handlung fahrlässig begeht, wird mit Geldstrafe bestraft.

Artikel 6:

Diese Verordnung tritt am 19. Juli 1931 in Kraft.
Berlin, 18. Juli 1931.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister der Finanzen (gesetzlich) H. Dietrich. Der Reichsminister der Justiz, mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt Dr. Joel, Staatssekretär. Der Reichswirtschaftsminister, mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt (gesetzlich) Dr. Trendelenburg.

Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen.

Auf Grund des Artikels 48, 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1.

Für jede Reise eines Reichsangehörigen, der im Inland seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, in das Ausland, wird eine Gebühr von 100 Reichsmark erhoben. Die Gebühr ist vor Antritt der Reise bei der zuständigen Passbehörde zu entrichten, die die Entrichtung in dem Paß vermerkt. Die Gebühr fliegt in die Landesfasse. Die Vorschriften des Absatzes 1 finden auf den kleinen Grenzverkehr keine Anwendung.

§ 2.

Ein Reichsangehöriger, der ohne Gebühr (§ 1) aus dem Reichsgebiet austritt, wird mit Geldstrafe nicht unter 1000 Reichsmark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 3.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bestimmungen zur Durchführung dieser Verordnung zu erlassen. Hierbei kann sie die Erhebung der in § 1 bezeichneten Gebühr anderen als den zuständigen Passbehörden übertragen und in diesen Fällen Zuschläge zu den vorgeschriebenen Gebühren bis zu hundert vom Hundert vorschreiben.

§ 4.

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1931 in Kraft. Sie tritt am 1. Oktober 1931 außer Kraft. Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Verordnung zu einem früheren Zeitpunkt außer Kraft zu setzen.

Berlin, 18. Juli 1931.

ges. v. Hindenburg;
ges. H. Dietrich; ges. Dr. Wirth.

Aus aller Welt.

* Vorübergehende Zahlungseinstellung bei der Schröder-Bank in Bremen. Von der J. G. Schröder-Bank Kommanditgesellschaft aus Altien in Bremen wurde am Sonntag gegen Mitternacht ein Communiqué ausgegeben, nach dem das Unternehmen mit Hinblick auf die allgemeine schwere Wirtschaftskrise gezwungen ist, seine Kassen für den Lauf dieser Woche zu schließen. Es sind ernste Verhandlungen mit bremerischen und auswärtigen Wirtschaftskreisen zur Durchführung einer Stützungsaktion im Gange. Um den gebrüderlichen Bestimmungen zu genügen, wird formell der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens bei der Schröderbank gestellt werden. Die Stützungsverhandlungen sind, wie verlautet, bisher ziemlich günstig verlaufen.

* Kurzer Aufenthalt Shaw's in Berlin. Bernhard Shaw ist auf der Durchreise nach dem Osten am Sonntag früh in Berlin eingetroffen, wo er gegen 18 Uhr nach Warschau weiterfuhr.

Vermischtes.

Gesichten um Mellon. Der amerikanische Finanzminister Mellon, der bekanntlich eine hervorragende Rolle bei den Pariser Verhandlungen über die Inkraftsetzung des Hoover-Plans spielt, ist ein leidenschaftlicher Liebhaber der europäischen Kunst. Er besitzt eine der besten Privatsammlungen Amerikas. Während seiner früheren Besuche in Europa pflegte er stets durch Bilderausstellungen und Malerateliers zu wandeln, um eine Anzahl von Bildwerken zu erwerben. Diesmal aber war Mellon durch die schwierigen Verhandlungen mit der französischen Regierung so sehr in Anspruch genommen, daß er für seine Passion keine Zeit mehr übrig hatte. Die zahlreichen Kunstsammler und Bildhändler, die seine Wohnung bestürmten, mukten sich unverrichteter Sache zurückziehen. Die Pariser Blätter berichteten, daß Mellon, obgleich er prinzipieller Gegner des Alkoholverbotes ist, tatsächlich als Mitglied der amerikanischen Regierung auch auf europäischen Boden von Alkoholgetränken keinen Gebrauch mache. Sogar die besten französischen Weine, für die Mellon seit seinen Jugendjahren eine Vorliebe hatte, blieben in den Weingläsern stehen. Dafür gibt sich Mellon mit Leidenschaft dem Rauchen hin. Er raucht stets nur eine besondere Zigaretten, die speziell für ihn auf den südamerikanischen Tabakplantagen hergestellt wird. Während der diplomatischen und politischen Unterhaltungen verlässt Mellon fast in Rauchschwaden.

Der Gibraltar-Tunnel soll gebaut werden. Die spanische Regierung beauftragt einen technischen Ausschuß, konsultiert ein Projekt für den Bau des Gibraltar-Tunnel auszuarbeiten. Das Projekt soll in Kürze der spanischen Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieses große Werk des neuen spanischen Regimes soll in späteren Jahren als Denkmal des neuen Spaniens fortleben. Seit Jahren beschäftigen sich europäische Wirtschafts- und politische Experten mit der Frage, des Tunnelbaues unter der Gibraltar-Straße. Vor einigen Jahren wurde ein Komitee zur Begutachtung des Problems eingesetzt, das aus 50 Mitgliedern, unter der Leitung des Generals Rubio y Bellac, bestand. Der von diesem Komitee ausgearbeitete Tunnelplan wird von den neuen spanischen Regierung als Grundlage weiterer Arbeiten betrachtet. Der Abstand zwischen Gibraltar und Tanger an der afrikanischen Küste ist ungefähr halb so groß wie der Kanal

Ein europäischer Fünfjahres-Plan?

London, 20. Juli. „Daily Herald“ berichtet, daß in Paris die Idee eines Fünfjahresplanes für die Befreiung Europas gefordert worden sei, wobei nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Staaten ein Versprechen abgeben sollten, daß sie in dieser Zeit nichts tun würden, was den Frieden Europas stören könnte. Soweit Deutschland in Frage käme, handele es sich um die Verlangsamung des Bauprogramms der beiden ersten PanzerSchiffe und darum, daß es zum Abschluß der Abrüstungskonferenz keine weiteren Gelder für Neubauten genehmigt werden. Hinsichtlich einer Anleihe begünstigte man jetzt solche Bedingungen, wie sie schon bei den Young-Anleihe in Anwendung gewesen seien und Deutschland könne sicherlich ohne Prestigeverlust diese Bedingungen annehmen. Die „Times“ erklärt, daß die neuen Abkommen eine dauernde Grundlage haben müssten. Wenn die Pariser Kommuniques die Aussage der Londoner Konferenz dahin auslegen, daß sie sich auf die Nachprüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Krise in Deutschland beschränken sollte, so sei diese Auffassung nicht ausreichend und nicht vollständig. Es sei ihre Aussage eine dauernde Lösung zu finden, die eine Garantie gegen die Bedrohung solcher Ereignisse biete, wie man sie jetzt erlebt habe.

Sauerwein über die Besprechung

Brüning — Laval.

Paris, 20. Juli. Der außenpolitische Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein, stellte in einer Betrachtung über die deutsch-französische Unterhaltungen fest, daß die Atmosphäre sich von Grund aus geändert habe. Brüning und Laval hätten sich schämen gelernt. Man würde überzeugt sein, daß alle Meinungsverschiedenheiten politischer Natur, die zwischen den beiden Ländern austauschen könnten, schon heute viel leichter zu regeln seien als früher. Ein weiteres bedeutsames Ergebnis sei die Tatsache, daß die beiden Regierungen seit entschlossen seien, ihre gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten unter sich zu regeln und sich nicht mehr von dritten lenken zu lassen. Brüning habe bereits anerkennen müssen, daß er nichts für die finanzielle Wiederaufrichtung seines Landes tun könne ohne die Hilfe Frankreichs. Er werde sich in einigen Tagen auch klar darüber werden, daß das französische Angebot das einzige sei, das einige Aussicht

auf durchgreifende Wirtschaft habe. Was die Londoner Konferenz angeht, so werde die französische Regierung in der Frage der Abtötung eine Denkschrift ausarbeiten, die sie davon entbinde, andere Erklärungen vor der Eröffnung der allgemeinen Abrüstungskonferenz abzugeben. Das „Echo de Paris“ sagt, in London müsste sich unweigerlich die Erörterung auch auf politischem Gebiet begegnen, da das Finanzproblem zu weitgehend sei. Der „Populaire“, das Blatt der Sozialisten wirft Laval vor, Deutschland politische Forderungen aufzwingen zu wollen. Die Verhandlungen hätten ohne diese Forderungen sicherlich ein erheblich günstigeres Ergebnis gehabt.

Die gemeinsame Abreise nach London.

Paris, 20. Juli. Reichskanzler Brüning, Außenminister Dr. Curtius, sowie die übrigen Herren der deutschen Delegation haben heute vormittag um 10 Uhr mit dem Nordexpress Paris verlassen. Die Delegation trifft heute nachmittag um 16 Uhr in London ein. Mit dem gleichen Tage reiste die französische Delegation, die aus dem Ministerpräsidenten Laval, Briand, Jolani, Pietri, Francoise, Poncelet und Bédelot bestand, ferner der italienische Außenminister Grandi der belgische Außenminister Hymans, der englische Botschafter in Paris, Tyrrell nach London. Sämtliche Minister bestiegen einen Salonwagen, in dem sie gemeinsam Platz nahmen.

Die Fahrt nach London wird somit den deutschen Kabinettsministern von neuem Gelegenheit geben, persönliche Unterredungen mit den französischen Ministern und den italienischen und belgischen Außenministern zu führen. Kurz vor der Abfahrt sah man im Salonwagen Brüning in lebhafte Unterredung mit Laval sowie Dr. Curtius mit Grandi und Lord Tyrrell. Auf dem Bahnhof drängten sich Journalisten, Kinooperatoren, Photographen und zahlreiche Publikum. Die Abfahrt verlief in voller Ruhe. Nur vereinzelt wurden Rufe wie: „Es lebe Laval! Es lebe der Kanzler!“ laut. Als Laval und Brüning gemeinsam am Fenster erschienen, um sich photographieren zu lassen, rief die ostentative freundliche Seite im Publikum hart anhaltenden Beifall und Händeklatschen hervor. Die Menge brach in Rufe „Es lebe der Präsident, es lebe der Kanzler!“ aus.

* Flugzeuge im Dienste der Kriminalpolizei. Im Auftrage der Staatsanwaltschaft Bochum verfolgten am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr zwei Sportflugzeuge des Lustfahrtvereins Eilen-Oberhausen eine Brieftaube, die zu erpresserischen Zwecken einem Bochumer Bürger zugesandt worden war. Das Unternehmen gelang glänzend. Von beiden Flugzeugen aus konnte der Schlag festgestellt und photographiert werden, in den die Taube einslog. Der im Kraftwagen folgenden Polizei gelang es dann, an Hand einer abgeworfenen Stütze die sofortige Verhaftung des mutmaßlichen Täters vorzunehmen, der von einem Bochumer Bürger 200 Mark erpreßt oder andernfalls seinen Bauernhof in Brand stecken wollte.

* Ein Gerichtsgebäude in Brand. Am Freitagabend ging über Stargard ein schweres Gewitter nieder, bei dem der Blitz auch den Dachstuhl des Gerichtsgebäudes des Amts- und Landgerichts entzündete. In kurzer Zeit stand der Dachstuhl in Flammen und brannte über einem Seitentrakt vollkommen aus. Die Decke stürzte in den in diesem Flügel liegenden Schwurgerichtssaal, dessen Einrichtung ebenfalls ein Opfer der Flammen wurde. An den Löscharbeiten beteiligten sich die Freiwillige Feuerwehr, die Werkfeuerwehr der Reichsbahn und Abteilungen des Stargarder Bataillons des Infanterieregiments Nr. 4. Bei dem Brand ist auch ein großer Teil Akten, die im Boden lagen, mit verbrannt. Die Feuerwehr mußte die Akten schließlich auf die Straße werfen und dort absuchen. Es soll sich um Akten älteren Datums handeln. Bei dem Einsturz des Dachstuhles wurde auch das Dachgeschoss für Telefonleitungen der Reichspost vernichtet. Nach etwa dreistündiger Arbeit war die Hauptgefahr beseitigt.

* Eine Kirche niedergebrannt. Aus Sosja wird gemeldet: In Pilippopol brannte die katholische Kirche des Heiligen Ludwigs, in der die Königinmutter von Bulgarien, Maria Luisa, begraben liegt, fast bis auf die Grundmauern nieder. Die Löscharbeiten waren durch den herrschenden Wassermangel erschwert. Nur mit Mühe konnte die Grabstätte selbst vor den Flammen bewahrt werden.

600 Gebäude durch ein Feuer vernichtet.

* Schätz Tote, 20 Schwerverletzte. Prag, 19. Juli. Der Brand, der fast die ganze Ortschaft Waizec vernichtete, wütete ununterbrochen bis Sonnabend abend. Er hat sechs Menschenleben gefordert. Vier Kinder, die allein zu Hause waren, verbrannten, ebenso zwei Männer, die bei den Rettungsarbeiten ohnmächtig wurden und in die Flammen fielen. 18 Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Die gesamte Habe der Bevölkerung, 130 Kinder, 120 Pferde und 160 Schweine, außerdem viele landwirtschaftliche Geräte und Maschinen fielen den Flammen zum Opfer. Nach einer Schätzung des Bezirksauptmannschaft beträgt der Schaden 35 Millionen Kronen, wovon nur 5 v. H. durch Versicherung gedeckt sind. Insgesamt sind 3400 Menschen obdachlos geworden. Lebensmittel und 20 Eisenbahnwagen mit Holz für Wohnbaracken sind bereits an der Unglücksstelle eingetroffen. Über die Ursache des Brandes ist noch nichts bekannt, doch wird Brandstiftung angenommen, da an drei verschiedenen Ortsstellen zu gleicher Zeit Feuer ausbrach. Ein Feuerwehrauto stürzte auf der Fahrt zur Brandstelle in einen Graben, wobei fünf Feuerwehrleute leicht und zwei schwer verletzt wurden.

zwischen Dover und Calais und beträgt 32 Kilometer. Der Tunnel wird in einer Tiefe von 250 bis 500 Meter angelegt werden müssen. Die Arbeiten sollen etwa fünf Jahre in Anspruch nehmen. Nach der Berechnung des Generals Rubio y Bellac würden circa 1200 Personen- und Lastzüge täglich in beiden Richtungen den Tunnel passieren können. Jeder Lastzug würde ca. 100 Tonnen verschiedener Ladung mitführen können. Somit würde sich der tägliche Wagenvolumen zwischen Europa und Afrika auf etwa 12 000 Tonnen belaufen. Die neue direkte Eisenbahnverbindung ist natürlich nicht nur als Handelsweg zwischen Europa einerseits, Marokko, Senegal und anderen afrikanischen Gebieten gedacht, sondern gleichzeitig als eine prachtvolle Touristenroute, die das Herz des europäischen Kontinents mit dem schwarzen Erdteil verbinden soll.

Auf der Suche nach einem Bett in Moskau. Der Moskauer Korrespondent der großen amerikanischen Tageszeitung „New York Herald“ berichtet über die Abenteuer dreier in einem Sowjetwerk angestellter amerikanischer Ingenieure, die in Moskau den frühen Einschluß soften, ein zusammenlegbares Ruhbett zu kaufen. Nach drei Tagen mühseligen Suchens überzeugten sich die Amerikaner, daß ein solches Bett heute in Moskau nicht zu haben ist. Es wurde ihnen zwar ein Eisbett ohne Federmatratze für 200 Mark angeboten, und auf einem Markt fanden sie einen alten Divan, für den 300 Mark verlangt wurden. Sie verzichteten darauf. In einem staatlichen Antiquitätenladen wurde den Amerikanern ein altertümliches Bett zum Kauf angeboten für den Preis von 1000 Mark. Daselbe Bett kann man in Neuport für höchstens 80 Mark bekommen. Solche Verzweiflung wändten sich die amerikanischen Ingenieure an das Auswärtige Amt mit der Bitte, ihnen zu sagen, wie und wo in Moskau ein Bett aufzutreiben sei. Der liebenswürdige Beamte des Auswärtigen Amtes erwirkte die Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde und händigte den Amerikanern nach langen Verhandlungen ein Schreiben aus, das an eine staatliche Möbelfabrik adressiert war. Von dort aus wurden die Amerikaner an den Verwalter eines Lagers verwiesen. Der Verwalter schickte sie zu einem anderen Verwalter. So vergingen zwei Wochen. Endlich war das Glück da. Die Amerikaner bezahlten den staatlich festgelegten Preis von 71,15 Mark und konnten das mühevoll erstandene Ruhbett in ihre Wohnung transportieren. In den Straßen Moskaus blieben die Leute stehen und fragten in höchster Bewunderung: „Genossen,

wieviel habt ihr ein Bett bekommen?“ Erst auf die Antwort hin, daß die erfolgreichen Bettbezieher Amerikaner seien, zogen sich die Neugierigen abschließend zurück, ohne die Hoffnung zu haben, daß ihnen eine ähnliche Freude beiderlitten werden könnte. Die unglaublich anmutende Geschichte erklärt sich ganz einfach daraus, daß die gesamte Sowjetindustrie nur mit dem Bau von Produktionsmitteln beschäftigt ist. Es werden gewaltige Kraftwerke gebaut und Schächte angelegt, aber keine Möbel fertiggestellt.

Menschenstädte, die keine Regierung anerkennen. Es gibt Gegenden im nördlichen Sibirien, auf die die Autorität der Sowjetregierung sich nur formal erstreckt. Die Bevölkerung dieser entlegenen Gegenden, die aus verschiedenen finnischen und mongolischen Stämmen besteht, lebt heute noch, im Zeitalter des Flugzeuges und des Automobils, in der selben Art und Weise wie ihre Vorfahren in alten Zeiten. Manche haben nichts davon gehört, daß eine gewaltige Revolution vor etwa 14 Jahren die Grundfesten des russischen Reiches erschüttert hat und befinden sich immer noch in dem Glauben, daß in St. Petersburg der Zar regiert. Andere dagegen haben dunkle Gerüchte über die bolschewistische Revolution vernommen und von der Freiheit gehört, die dem Volke versprochen wurde. Sie denken den Freiheitsbegriff auf eine eigenartliche Weise. In ihrer primitiven Vorstellung ist die Freiheit mit der Befreiung von allen Steuern und Abgaben sowie auch von jeder administrativen Gewalt gleichbedeutend. Manche finnischen Stämme in Nordsibirien fehlten zum Glauben ihrer Urahnen zurück und gaben den christlichen Glauben auf. In einigen weitesten Gegenden der Erde verlor man sogar die russische Sprache. Da die Verbindung mit den zentralen Gebieten des Landes nur während der kurzen Sommerwochen und auch dann nur sehr mangelhaft aufrecht erhalten werden kann, so liegen die Preise für Tee, Zucker und Alkohol auf das Zwanzigfache. Eine Tauschmärkte im wahren Sinne des Wortes wird betrieben. Für ein Rentier bekommt man eine Flasche Wodka für Pulver und Patronen kann man alles mögliche verlangen, da die Jagd ja die einzige Einnahmequelle der dortigen Bevölkerung ist. Die Sowjetbehörden machen zwar große Anstrengungen, um die Stämme des nördlichen Sibiriens zum Gehorsam zu bringen, können aber dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Viele Beamte, die zur Verwaltung dieser Gegenden ausgesandt worden waren, sollen spurlos verschwunden sein.